

Michael Vassiliadis

Vorsitzender der IG BCE

Mit.Mut.Machen.

Grundsatzrede

**7. ordentlicher Gewerkschaftskongress
der IG BCE**

Hannover, den 25. Oktober 2021

-Es gilt das gesprochene Wort-

Einleitung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle spüren, dass wir vor einem Umbruch von historischer Qualität stehen.

Das macht diesen Kongress so besonders.

Zu Beginn einer Zeitenwende diskutieren wir gemeinsam

- die Zukunft guter Arbeit und eines guten Lebens in einer intakten Umwelt.
- die Zukunft innovativer Branchen und nachhaltiger Unternehmen.
- die Zukunft einer sozial verantwortlichen Politik in Deutschland, Europa und auch global.

Wir werden uns mit Energie und Ideen aufladen, um in diesem Prozess der Veränderung das Bestmögliche für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erreichen.

Wir tun dies

- mit Selbstvertrauen und Zuversicht.
- mit der Kraft der Solidarität.
- mit sozialem Fortschritt und guter Arbeit als Auftrag und Ziel.

So, wie uns das seit über 130 Jahren auszeichnet.

Unsere Geschichte ist reich an Beispielen, wie wir unser Land mitgeprägt haben.

Trotz vieler Widerstände und häufig unter schwierigsten Bedingungen.

Immer wieder standen die Beschäftigten in unseren Branchen unter wirtschaftlichem und politischem Druck.

Und jedes Mal konnten sich die Kolleginnen und Kollegen auf unsere IG BCE verlassen.

Das ist der Grund für das Selbstbewusstsein, das in unserem Kongressmotto zum Ausdruck kommt.

- **Mit.Mut.Machen!**

Das ist die Haltung, das ist der Stil der IG BCE.

- Solidarität.
- Konzeptionelle Stärke.
- Kompetentes, pragmatisches Handeln.
- Kampfbereitschaft und Durchsetzungsfähigkeit.

Das prägt unsere Arbeit.

Das verschafft uns Anerkennung und Einfluss in Politik und den Unternehmen.

- Wir haben dafür gekämpft, dass Deutschland nach wie vor ein starkes Industrieland ist. In einem geeinten, wirtschaftlich starken Europa, mit einer innovativen Grundstoffindustrie und mit intakten Wertschöpfungsketten.
- Wir haben dafür gekämpft, dass nach schweren Zeiten und harten Anpassungen auch in Ostdeutschland industrielle Leuchttürme auf Weltniveau entstanden sind.
- Wir haben Wort gehalten und den Auslauf des Steinkohle-Bergbaus so gestaltet, dass kein Bergmann ins Bergfreie gefallen ist.
Das ist die Referenz, wenn es um Anpassungen in unseren Industrien geht.
- Wir sind die Gewerkschaft mit der höchsten Tarifbindung und der stärksten Mitbestimmung in der Industrie,
auf betrieblicher und Unternehmensebene.
- Wir sind bekannt für unsere tarifpolitischen Innovationen und Erfolge.

Das haben wir erreicht, weil wir als Organisation immer das Notwendige getan haben, um den Aufgaben der Zeit gerecht zu werden.

- Wir haben vor bald 25 Jahren aus Bergbau, Chemie und Leder die IG BCE geschaffen.
- Wir sind zusammengewachsen und sind neue Wege gegangen.

Immer die Zukunft fest im Blick.

Es macht mich sehr stolz, wenn ich auf unsere IG BCE und ihre erfolgreiche Geschichte blicke, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir wollen einen Aufbruch für eine bessere Zukunft.

Doch zu Beginn dieses Jahrzehntes werden die Weichen für die Zukunft neu gestellt.

Es kommt eine neue Zeit, die mehr Solidarität, mehr Gerechtigkeit und mehr sozialen Fortschritt weltweit benötigt.

- So wie es jetzt ist, soll es nicht bleiben.
- Wir brauchen und wir wollen Veränderung.

Doch was macht diese Veränderungen nötig, was treibt sie an?

Es sind langfristige Entwicklungen, die uns schon länger umtreiben. Entwicklungen, die von Politik und Wirtschaft dringend gestaltet werden müssten.

Einige, die bis 2050 wirken, will ich kurz nennen:

- Die Weltbevölkerung wächst um 1,9 Milliarden Menschen.

Wasser, Lebensmittel und Umwelt müssen künftig für mehr Menschen reichen, Bildung und Gesundheit allen zur Verfügung stehen.

- Armut und Hunger auf der einen Seite und unglaublicher Reichtum auf der anderen Seite führen zu mehr Ungleichheit und Ungerechtigkeit.

Unzureichende Arbeits- und Lebenschancen treiben Menschen in die Migration und führen zu mehr Konflikten in der Welt. Der globale Klimawandel verschärft diesen Krisen massiv. Am schlimmsten sind ausgerechnet viele ärmere Regionen der Welt betroffen.

- Die Belastungen der Ökosysteme sind bereits heute unübersehbar und nehmen zu. Farmland, Wasser, Biodiversität. Überlebenswichtige Ressourcen werden knapp.
- Digitalisierung verändert die Arbeitswelt, das Tempo technologischer Innovationen nimmt rasant zu. Künstliche Intelligenz wird zum Treiber der nächsten Innovationswelle.
- Gleichzeitig stellt der demographische Wandel viele Industrieländer vor neue Aufgaben.
Von fehlenden Fachkräften bis zu höherem Pflegebedarf.
- In entwickelten Industrieländern verändern sich politische Diskurse und Werte. Sorgen macht uns besonders die politische Radikalisierung in einigen westlichen Demokratien.

Das sind nur grob beschriebene Megatrends, auf die es politische, wirtschaftliche und technologische Antworten geben muss.

Und was haben wir in unserem reichen Land bislang getan?

Wir sind unter unseren Möglichkeiten geblieben. Ohne Not!

Wir können mehr und wir müssen mehr tun. Und wir müssen es schnell angehen.

Deshalb arbeiten wir an einem Aufbruch in eine bessere Zukunft.

- Nachhaltige Wirtschaft und qualitatives Wachstum.
- Gute Arbeit in demokratisch mitbestimmten Unternehmen.
- Mehr Gerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe in Wirtschaft und Gesellschaft.
Hier bei uns und auch weltweit.

Das ist unser Zukunftsentwurf und die Orientierung für unser Handeln.

Dazu wollen wir einen Beitrag leisten.

Gute Gewerkschaftsarbeit bedeutet, die Zukunft für die Menschen zu gestalten, für die wir da sind.

Unsere Leute, das sind diejenigen, die dieses Land am Laufen halten.

Sie erwarten Perspektiven im Wandel, und sie haben Anspruch darauf, liebe Kolleginnen und Kollegen

Sie haben einen Anspruch darauf

- Als Beschäftigte, die hochwertige Waren und Dienstleistungen für Verbraucher und Gesellschaft produzieren.
Für eine bessere, nachhaltige Zukunft.
Und oft 24/7 an 365 Tagen im Jahr.
- Als Steuerzahler und mit ihren Beiträgen zur Sozialversicherung.
- Als Eltern, die ihre Kinder durch Schule und Ausbildung bringen.
- Als diejenigen,
die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern,
die sich in Vereinen ehrenamtlich engagieren,
die keine Extreme, sondern tolerantes und
solidarisches Miteinander in unserer Demokratie
leben.

Unsere Mitglieder sind Leistungsträger in hochmodernen, innovativen Unternehmen.

Unsere Mitglieder fahren Schichten selbst in Corona-Zeiten,

Sie halten den Kopf hin, wo andere sich schon längst weggeduckt hätten.

Unsere Mitglieder, das sind diejenigen, über die dennoch selten gesprochen wird.

- Als hätten sie keine Sorgen und Themen.
- Als gäbe es keine Veränderungen in der Arbeit und im Alltag.
- Als wäre die Stabilität in der Mitte der Facharbeiterschaft nicht erwähnenswert oder unerschütterlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen es besser.

Ja, unsere Mitglieder verdienen vergleichsweise gut. Dafür haben wir mit unseren Tarifen gesorgt. Dieses Geld ist auch verdammt hart erarbeitet. Mit anspruchsvoller, fordernder und nicht selten auch gefährlicher Arbeit.

Steigende Mieten, höhere Heizkosten, explodierende Benzinpreise lassen die finanziellen Spielräume jedoch stark schrumpfen.

Auch um die zusätzliche Altersvorsorge sollen sie sich kümmern.

Und das Geld für eine möglichst gute Förderung der Kinder aufbringen.

Dazu die Frage, wie sich Betreuung und Betrieb vereinbaren lassen. Zumal dann, wenn beide arbeiten.

Wenn aber Frau allein erzieht, dann wird es selbst bei unseren Tarifen hart, zurecht zu kommen.

Mag sein, dass solche Themen manchem in der Politik oder in den Unternehmensspitzen nebensächlich erscheinen.

Aber für uns beginnen die Bereitschaft und die Möglichkeit unserer Kolleginnen und Kollegen, sich auf den Wandel einzulassen, mit sozialer Sicherheit, mit einer Perspektive für gute Arbeit und ein gutes Leben.

Und diese Perspektive wollen wir für unsere Mitglieder durchsetzen, liege Kolleginnen und Kollegen.

Es braucht daher einen sozial verantwortlichen Transformationskodex. Einen solchen Kodex wollen wir in unseren Branchen durchsetzen.

Einen Transformationskodex, der soziale, ökonomische und ökologische Ziele und Vereinbarungen der Sozialpartner zur Transformation formuliert.

Aber solche Vereinbarungen mit den Arbeitgebern brauchen auch eine politische Einrahmung.

Eine Einladung an die Akteure der gesellschaftlichen Transformation

- Sozialpartner
- Umweltverbände
- Kirchen
- Sozialverbände

Eine Einladung an die breite Zivilgesellschaft kann ein wichtiger Beitrag sein, aus den Polarisierungen und Schützengräben der öffentlichen Debatte herauszukommen.

Meine Bitte geht an Bundespräsident Frank Walter Steinmeier, eine solche Einladung auszusprechen und in den nächsten Jahren alle zu einem solchen Dialog einzuladen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den Betrieben müssen wir dafür sorgen, dass niemand in der Transformation unter die Räder kommt.

Respekt und Anerkennung beginnen damit, dass alle den Sorgen und Fragen der Menschen in der Transformation die angebrachte Aufmerksamkeit zollen.

Und dafür müssen und werden wir mit Nachdruck streiten. Das ist für uns alternativlos.

Unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen

- Schutz vor zu hoher, gesundheitsgefährdender Belastung. Vor Willkür, Respektlosigkeit und Ungerechtigkeit.

- Eine tarifliche Gestaltung der Einkommen, die mit der Kostenbelastung mithält und Spielräume schafft – in der Arbeitszeit, in der Altersvorsorge und im Pflegefall, für Qualifizierung, Urlaub und Erholung.
- Eine Gewerkschaft, die gegenüber Arbeitgebern und Politik Zukunftsinvestitionen durchsetzt und für sichere Arbeitsplätze und Renten kämpft.

Das macht den Unterschied, ob wir auch in Zukunft ein Land mit einer starken Arbeitnehmer-Mitte sein werden.

Oder ob im Wandel Ungerechtigkeit, Gegeneinander, Egoismus und am Ende Ausbeutung dominieren.

Und als starke IG BCE werden wir diesen Unterschied machen können, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mit Mut für Gerechtigkeit und Gute Arbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Erwartungen unserer Mitglieder, ihre Themen und Sorgen stehen auch in den nächsten Jahren im Zentrum unseres gewerkschaftlichen Handelns.

1. Gute Arbeit.
Gute Arbeit ist und bleibt das erstrangige Ziel der IG BCE. Darauf wird unsere Arbeits-, Betriebs-, Mitbestimmungs- und Tarifpolitik auch und gerade in Zeiten des Wandels ausgerichtet sein.
2. Eine höhere Tarifbindung.
Tarifbindung ist unser wichtigstes Instrument für Gute Arbeit und mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt.
Ohne Tarif –
 - das bedeutet weniger Geld, längere Arbeitszeit, schlechtere Sozialleistungen.
 - das bedeutet Willkür und Nasenprämien statt gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Die sinkende Tarifbindung ist die Ursache für die meisten Fehlentwicklungen in der Arbeitswelt, beim sozialen Schutz und für die zunehmende Ungleichheit in den Lebenschancen.

Der Kampf für eine höhere Tarifbindung muss konsequenter und härter geführt werden.

Und das werden wir auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

3. Mehr Einkommensgerechtigkeit.
Gute Löhne und eine faire Teilhabe an wirtschaftlichen Erfolgen sind das eine.

Dafür können wir aus eigener Kraft mit unseren Tarifen sorgen. Und das werden wir auch in der kommenden Tarifrunde in der Chemie wieder unter Beweis stellen.

Das andere ist, die finanziellen Belastungen zu reduzieren, und zwar für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen.

Da kommt zu viel an, was gerechter verteilt werden müsste. Das ist nicht fair und nicht akzeptabel.

Diese Botschaft werden wir am Mittwoch auch den Spitzen der Ampel-Parteien für die Koalitionsverhandlungen mitgeben.

4. Soziale Sicherheit und vorsorgender Staat. Wir werden konsequent eine Politik einfordern, die das Sicherheitsversprechen des Sozialstaats einlöst. Im Alter. Bei Krankheit. Bei Arbeitslosigkeit.

Eine Politik, die gerade im Wandel für gerechte Teilhabe, für gute Bildung, für eine gute Infrastruktur sorgt.

5. Transformation der Industrie. Von entscheidender Bedeutung ist, dass die Transformation der Industrie gut und richtig gemacht wird. Das ist der Schlüssel für eine gute Zukunft.

Eine Transformation,

- die unser Klima schützt,
- die Arbeit schafft und sichert und
- die Lasten wie Chancen gerecht verteilt.

**Das ist unser Anspruch, dafür werden wir kämpfen.
Liebe Kolleginnen und Kollegen**

Gute Arbeit

Zunächst zu unserem Aufgabenfeld Gute Arbeit.

- Respekt und Kollegialität.
- Diversity und Geschlechtergerechtigkeit
- Gesundheitsschutz und Achtsamkeit.
- Tarif und Mitbestimmung.
- Gute Arbeitszeiten und Entwicklungschancen.
- Arbeitsplatzsicherheit und Qualifizierungschancen.

All das sind wichtige Kriterien, die Gute Arbeit nach unserem gewerkschaftlichen Verständnis charakterisieren. Sicherlich ein hoher Anspruch.

In vielen Unternehmen sind wir auf dem langen Weg dahin schon weit gekommen.

Aber vor allem der drastisch steigende Leistungsdruck droht viele Fortschritte aufzufressen.

- Ständige Rationalisierung, Arbeitsverdichtung und Überstunden sind Alltag und nicht Ausnahme.
- Von Jahr zu Jahr höhere Burnout-Zahlen sind ein Alarm-Signal.

Arbeitgeber klagen gerne über zu hohe Lohnnebenkosten.

Wenn sie die senken wollen, dann sollten sie endlich etwas gegen diese krankmachende Überbelastung tun.

Das ist überfällig, Kolleginnen und Kollegen.

Das muss künftig selbstverständlicher Bestandteil jeder Gefährdungsbeurteilung sein und dann zu echten Entlastungsmaßnahmen führen.

Unsere Leute fühlen sich jetzt schon ausgepresst wie die sprichwörtliche Zitrone.

Vor allem wegen der unzureichenden Personalbemessung, die deshalb künftig der qualifizierten Mitbestimmung unterliegen muss.

Wenn sich die Arbeitgeber aber weiter verweigern oder beschwichtigen, dann werden wir die Debatte um offenkundige Grenzen der Belastbarkeit stärker in die Betriebe tragen.

- Auch mit einem systematischen Monitoring der Belastungen, das wir jährlich veröffentlichen werden.

Das gilt gleichermaßen für alte und neue Dimensionen der Entgrenzung.

Für Home-Office oder Vertrauensarbeitszeiten ohne Leitplanken beispielsweise.

Ein ganz großes Thema in den Betrieben.

Flexibilität ist ok, wenn es dafür einen klaren Rahmen und die Chance gibt, die Interessen und Anforderungen von Familie und Beruf besser auszugleichen, der tarifvertraglich und mitbestimmt gesetzt wird.

Die von der Ampel in ihrem Sondierungspapier angedachte Öffnung des Arbeitszeitgesetzes gehört nicht dazu.

- **Wer das Arbeitszeitgesetz öffnen will,**
- **wer an den 8-Stunden-Tag ran will,**

Der muss wissen: das gibt richtig Ärger, mit uns Gewerkschaften, liebe Kolleginnen und Kollegen.

- Wir werden es auf keinen Fall akzeptieren, dass unsere Tarifverträge ausgehebelt werden.
- Wir werden nicht zulassen, dass Betriebsräte und Belegschaften erpressbar werden.
- Wir werden uns deshalb mit aller Kraft dagegen wehren, dass die Öffnung des Arbeitszeitgesetzes auf die Betriebsparteien übertragen wird.

Und das auch noch ohne jeden Sachgrund. Ich kenne jedenfalls aus unseren Branchen keinen einzigen Fall, wo notwendige, begründbare und geordnete Flexibilität an uns gescheitert wäre.

Klug geht anders, Kolleginnen und Kollegen. Und unter der versprochenen Stärkung der Tarifbindung verstehen wir auch etwas Anderes.

Längere Arbeitszeiten, als Gesetz und Tarifvertrag derzeit erlauben, sind das komplette Gegenteil dessen, was notwendig wäre.

Was wir brauchen, sind Personalstrategien, die auf Erhalt statt auf Verschleiß von Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit angelegt sind.

Das sogenannte Arbeitskräftepotenzial wird in den kommenden Jahren weiter stark zurückgehen. Um bis zu 5 Millionen nach Berechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Das ist der demographische Wandel. In vielen Regionen klagen die Unternehmen schon heute lauthals über den sogenannten Fachkräftemangel. Und dann fahren sie die Ausbildung drastisch runter.

- Das ist sogar betriebswirtschaftlich glatter Unsinn.
- Und gesellschaftspolitisch eine skandalöse Verantwortungslosigkeit.
- So geht das nicht, Kolleginnen und Kollegen!

Die Zeiten, in denen man einfach eine Bestenauslese betreiben konnte, sind vorbei.

In der neuen Zeit geht es um Fördern, darum, zweite und dritte Chancen zu ermöglichen.

Man sollte meinen, das wäre mittlerweile auch in den Chefetagen angekommen. Aber viele Unternehmen agieren so, als hätten wir immer noch Massenarbeitslosigkeit wie vor 20, 30 Jahren.

Tatsache ist: Die Ära Massenarbeitslosigkeit ist vorbei. Jetzt beginnt die Ära der qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, liebe Kolleginnen und Kollegen

Ja, Arbeitslosigkeit ist nach wie vor ein ernsthaftes Problem, mit großen regionalen Unterschieden. Aber mit klugen Entscheidungen haben wir erstmals seit Jahrzehnten wieder eine reale Chance, Arbeitslosigkeit hinter uns zu lassen.

In manchen Gegenden ist Vollbeschäftigung schon jetzt keine Utopie, sondern Realität. Deshalb sollten wir das Wort Fachkräftemangel aus unserem Wortschatz streichen.

- Das ist der Mangel der Arbeitsgeber.
- Die Sicht der Fachkräfte ist eine andere.
- Sie sehen neue Chancen.

Unsere gewerkschaftliche Aufgabe wird es sein, diese Chancen wahr werden zu lassen.

Darum kämpfen wir für eine gute Ausbildung für alle jungen Menschen.

Darum kämpfen wir für Qualifizierung und neue Beschäftigungschancen, wenn infolge der Transformation Arbeitsplätze umgestaltet werden oder wegfallen.

Wir wollen, dass niemand zurückbleibt. Und schon gar nicht, wenn alle gebraucht werden.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir die Runden Tische und Berufsbildungsräte in unseren Branchen weiterentwickeln.

- Zu einer „Plattform für Ausbildung, Weiterbildung und Fachkräftevermittlung“.

Dieses Qualifizierungs- und Vermittlungswerk verstehen wir als strategische Antwort, wie sozialer Fortschritt und unternehmerischer Erfolg zusammengebracht werden können.

- Mit einem hochwertigen, ausreichenden und stabilen Angebot an Ausbildungsplätzen in Branchenverantwortung.
- Mit betriebsübergreifenden Analysen und Angeboten zum Qualifizierungsbedarf.
- Mit aktiver Vermittlung auf gute Arbeitsplätze in unseren Branchen, gerade auch in schwierigen Umbruchphasen.

Diese Initiative können wir auch in Verantwortung der Tarifparteien fördern. Wie das gehen könnte, haben wir in der Chemie schon einmal vorgemacht. Mit UCI, dem Unterstützungsfonds der Chemischen Industrie.

Daran wollen wir jetzt anknüpfen, nicht nur in der Chemie. Das ist unser Angebot an die Arbeitgeber.

Darüber hinaus wird die Frage zu beantworten sein, ob die Arbeitsbedingungen überall in unseren Branchen ausreichend attraktiv sind.

Auch das wird ein Thema in unserer künftigen Tarifarbeit.

Unter den neuen Bedingungen des Arbeitsmarktes bieten sich zudem Chancen, hartnäckige Ungerechtigkeiten und Vorurteile in der Arbeitswelt endlich abräumen zu können.

- Für alle, die sich eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familien wünschen.
- Für Alleinerziehende, die mit ihren besonderen Schwierigkeiten von den Unternehmen, aber auch von der Gesellschaft immer noch weitgehend ignoriert werden.
- Für Frauen, denen nach wie vor die gleichen Chancen wie Männern verweigert werden.

- Für eine altersgerechte, inklusive Arbeitswelt, für eine vorurteilsfreie Arbeitswelt gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund.

Wenn die Unternehmen künftig ihre Beschäftigungsprobleme lösen wollen, dann müssen sie sich etwas einfallen lassen.

Aus unserer Sicht kann die Antwort nur lauten: Mehr Gerechtigkeit in den Beschäftigungs- und Zukunftschancen für alle.

In der Gleichstellungspolitik ist die Zeit schon lange reif, mit uralten Rollenklischees, Verhaltensmustern und Vorurteilen endlich aufzuräumen.

Aber es gibt sie immer noch, Leute wie den früheren Bild-Chef Reichelt, die Macht als Instrument sexueller Ausbeutung nutzen.

Dass es sich dabei nicht um singuläre Ausrutscher handelt, ist spätestens seit der Me-Too-Bewegung bekannt.

Das muss ein Ende haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir können etwas dagegen tun.

Wir wollen, dass unsere Charta der Gleichstellung in jedem Betrieb in unseren Branchen zur gelebten, prägenden Unternehmenskultur wird, Kolleginnen und Kollegen.

- Mit selbstverständlicher Gleichberechtigung, einschließlich der Karrierechancen.
- Mit aktiver Förderung, gerade auch von Beschäftigten in Teilzeit.
- Mit Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Geschlechter.

Unsere Gesellschaft und auch unsere Unternehmen werden immer noch viel zu stark von Ressentiments, Klischees und den verdrückten Sitten der Nachkriegszeit geprägt.

Bis hin zum Umgang mit sexueller Orientierung. So werden wir die Zukunft Deutschlands nicht erfolgreich gestalten können.

Das gilt weiterhin auch für das gesellschaftliche Verständnis von Zuwanderung und Integration.

Mein Vater ist in den 60er Jahren von Griechenland nach Deutschland gekommen.

So wie viele hunderttausend andere aus den Ländern des Mittelmeer-Raums. Als Gastarbeiter, wie das damals auch hieß. Weil man glaubte, sie irgendwann wieder wegschicken zu können.

Die meisten sind geblieben und mit ihren Kindern und Enkeln heute Teil der ökonomischen und sozialen Erfolgsgeschichte Deutschlands.

- Auch weil wir Gewerkschaften immer gegen Diskriminierung und für Chancengleichheit in der Arbeitswelt gekämpft haben.
- Und das schon zu einer Zeit, als die offizielle Politik noch nichts von Integration wissen wollte.

Ich kann mich nur wundern über die Widersprüchlichkeit, mit der unser Land immer noch die Frage von Zuwanderung behandelt.

Es ist dringend Zeit für ein paar Wahrheiten.

- Selbst wenn wir bestehende Diskriminierungen am Arbeitsmarkt beseitigen, wird es nicht reichen
- Ohne deutlich mehr Zuwanderung als im vergangenen Jahrzehnt werden wir den Bedarf an Arbeitskräften in Deutschland nicht decken.
- Ohne eine ausreichende Zahl an Arbeitskräften werden wir Unternehmen und Produktion verlieren, die ins Ausland abwandern.
- Ohne Zuwanderer, denen wir in unserem Land eine attraktive Arbeits- und Lebensperspektive bieten, wird unsere alternde Gesellschaft nicht auskommen.

Schon jetzt würden die Altenpflege und die Krankenpflege ohne das Personal aus Asien und Osteuropa zusammenbrechen.

Das wissen wir doch alle, Kolleginnen und Kollegen!

Wir brauchen jetzt eine Zuwanderungspolitik mit einladendem Charakter.

Eine Zuwanderungspolitik, die nicht Gäste einlädt, sondern neue Freunde und Nachbarn, die Teil unserer Gesellschaft werden sollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich hoffe sehr, dass die Ampel uns in dieser Frage einen Fortschritt ermöglicht.

Und wir werden mithelfen, dass die AfD und sonstige Rechtsextreme nicht das gesellschaftliche Klima vergiften können.

- Fremdenfeindlichkeit richtet sich sowie immer auch gegen unsere Kolleginnen und Kollegen, gegen unsere Werte Solidarität und Toleranz.
- Darüber hinaus ist Fremdenfeindlichkeit Ausdruck stupider Zukunftsverweigerung.

Beides können und beides werden wir nicht zulassen, Kolleginnen und Kollegen.

- Stattdessen werden wir dafür sorgen, dass Zuwanderer in unseren Betrieben offen und herzlich aufgenommen werden.
- Und dass sie in Gute Arbeit kommen, statt in prekäre Jobs abgedrängt zu werden

Damit bin ich bei einem weiteren, schlicht verrückten Skandal deutscher Arbeitsmarktrealität.

Wir haben die Fachkräfte absehbar nicht, die wir eigentlich bräuchten.

Aber mehr und mehr Gorilla-Beschäftigte. Also Zusteller, deren Aufgabe es ist, für 1,80 Euro Pauschallieferungsgebühr zu jeder Tages- und Nachtzeit ein Päckchen Hefe für 99 Cent an die Haustüre zu bringen.

Ehrlich, Kolleginnen und Kollegen: Wie irre ist das aus sozialer, ökologischer und ökonomischer Sicht?

Wer glaubt, man könnte mit kaum verhüllten Formen nackter Ausbeutung in Deutschland und Europa durchkommen, der muss künftig auf die konzertierte Kraft der Gewerkschaftsbewegung treffen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Verhältnisse wie auch in der Fleischindustrie, wie bei Erntehelfern und im europaweiten LKW-Verkehr sind ein unerträglicher Skandal.

Wir werden solchen Provokationen vorbeugen, indem wir unseren eigenen Kampf für Gute Arbeit und gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse systematisch verstärken.

Darüber hinaus müssen wir aber auch im DGB und in unseren europäischen und internationalen Dachverbänden die gewerkschaftliche Kooperation verstärken.

Als IG BCE sind wir dazu bereit, Kolleginnen und Kollegen.

Unter dem Eindruck des demographischen Wandels sollten wir aber auch die Digitalisierung neu bewerten.

Sicher, die Digitalisierung wird für Rationalisierungen sorgen. Wahrscheinlich besonders stark in den Verwaltungs- und Bürobereichen.

Das werden wir sorgsam begleiten und darauf achten, dass es nicht zu transformationsbedingten Kündigungen kommt.

Wir müssen in den Verwaltungen und Büros stärker werden, um die Rationalisierungsfolgen vernünftig abzufedern.

Dazu dient wiederum der bereits angesprochene Vorschlag, eine Plattform für Ausbildung, Weiterbildung und Fachkräftevermittlung zu schaffen.

Wir brauchen eine Initiative, die über die bisherigen Verabredungen in der Qualifikationsoffensive Chemie hinausgeht.

- Eine Qualifikationsinitiative für alle Branchen.
- Mit einer systematischen Erhebung der Bedarfe und Chancen in jedem Betrieb.
- Unter verbindlicher, gleichberechtigter Beteiligung von Betriebsräten und der IG BCE.

Qualifikation und Weiterbildung sind die wichtigsten Schlüssel, damit wir nicht in eine schizophrene Situation geraten. Mit Arbeitslosigkeit einerseits und fehlenden Fachkräften andererseits.

Der Rückgang des Arbeitskräftepotenzials wird aber auch durch Qualifikation und Zuwanderung nicht komplett zu kompensieren sein.

Das relativiert die Bedrohung durch Digitalisierung. Vor allem dann, wenn es gelingt, die Digitalisierung für neue Fortschritte in der Humanisierung der Arbeitswelt zu nutzen.

Zur Arbeitsverdichtung und zunehmenden Belastungen habe ich bereits etwas gesagt.

Das steht in Zusammenhang mit einem anderen Trend.

- Immer mehr Beschäftigte, die es sich finanziell leisten können, wollen andere Arbeitszeiten.
- Wollen weniger Arbeit.
- Wollen Arbeit und Leben besser zusammenbringen.

Fast alle DGB-Gewerkschaften – wir auch – tragen diesem Wunsch in ihrer Tarifpolitik auch Rechnung.

- Durch neue Arbeitszeitmodelle.
- Durch Modelle, die den Beschäftigten die Entscheidung ermöglichen, zwischen höherem Lohn oder mehr Zeit zu wählen.
- Und immer mehr entscheiden sich für die Zeit.

Doch in der betrieblichen Praxis lassen sich solche Arbeitszeit-Wünsche oft gar nicht realisieren. Weil die Stellenpläne schon heute auf Kante genäht sind.

Ein weiterer Grund also, dass wir die Personalbemessung zu einem gewerkschaftlichen und zu einem Mitbestimmungsthema machen müssen, Kolleginnen und Kollegen.

Es kommt darauf an, dass wir uns als Gewerkschaften auf die richtigen Aufgaben in der Digitalisierung konzentrieren.

Wir wollen den technologischen Fortschritt umwandeln in sozialen Fortschritt und für Gute Arbeit nutzen.

- Bessere Qualifizierung und gerechte Teilhabe statt schlechterer Arbeitsbedingungen.
- Bessere Löhne und bessere Arbeitszeiten statt mehr Druck.

Das muss die gewerkschaftliche Agenda sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Erhöhung der Tarifbindung - Stärkung der Mitbestimmung

Um diese Agenda umsetzen zu können, brauchen wir vor allem eine Erhöhung der Tarifbindung,

aber auch eine Stärkung der Mitbestimmung.

Und damit bin ich bei dem 2. großen Aufgabenfeld für die nächsten Jahre.

Koalitionsfreiheit, Tarif und Mitbestimmung sind in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Übermacht des Kapitals nicht ohnmächtig ausgeliefert sind. Die Beschäftigten sind damit gut gefahren, die Unternehmen auch, genauso, wie unser Land insgesamt.

Trotzdem versuchen immer wieder immer mehr Unternehmen, sich zu entziehen.

Das dürfen wir denen nicht durchgehen lassen, Kolleginnen und Kollegen.

- Wir müssen unsere Organisation,
- die gesamte Gewerkschaftsbewegung,
- die Beschäftigten in den Betrieben,
- Politik und Gesellschaft wachrütteln.

Das ist ein fundamentaler Angriff auf Sozialstaatlichkeit. Ein Angriff auf Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften.

- Deswegen werden wir auch die BR-Wahlen im nächsten Jahr zu einer Abstimmung über eine starke Tarifbindung und eine starke Mitbestimmung machen.
- Zu einer Abstimmung darüber, die Veränderungsprozesse der nächsten Jahre sozial und demokratisch mitgestalten zu können.

Sonst läuft die Transformation ab wie bei Conti oder Linde.

- Missachtung von Sozialpartnerschaft.
- Ignoranz gegenüber den Prinzipien der Mitbestimmung.
- Verlagerung, um sich den von uns gesetzten Standards und den Verpflichtungen des Sozialstaats zu entledigen.

Und in beiden Unternehmen haben wir Schlimmeres für die Kolleginnen und Kollegen noch verhindert, weil wir da gut verankert sind.

Wohin soll das erst führen in Unternehmen, wo die Gewerkschaften schwächer sind?

Eine solche Entwicklung kann niemand wollen, bis auf ein paar Hardliner, die nichts im Kopf haben außer kurzfristige Rendite, um nahezu jeden Preis.

Dabei werden Unternehmensstrategien unter den Bedingungen der Transformation zunehmend politisch konditioniert.

Und für die Politik sind Gewerkschaften gerade jetzt wichtige Ansprechpartner. Tatsächlich kommt der wohl größte Umbau der Wirtschaft seit den Anfängen der Industrialisierung auf uns zu.

Das geht schief ohne eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Das betriebswirtschaftliche Kalkül braucht gerade in solch entscheidenden Phasen ein wirksames Gegengewicht.

Immer dann, wenn in den Unternehmen strategische Entscheidungen fallen, die nicht nur die Zukunftschancen der jeweiligen Belegschaften, sondern ganzer Regionen determinieren.

- Rechtsformänderung und Sitzverlagerungen ins Ausland.
- Unternehmensverkäufe, Merger und Übernahmen.
- Werkschließungen und Massenentlassungen.

In diesen Fällen muss ein Einigungszwang mit der Arbeitnehmerbank gewährleistet sein.

- Eine solche Weiterentwicklung der Mitbestimmung werden wir sehr nachdrücklich in der Politik einfordern.
- Eine Neuregelung, um diejenigen zu zwingen, zur bewährten Ordnung zurückzukehren, die sich leichtfertig entziehen wollen.

Wir wollen mehr Einfluss für die Beschäftigten, wenn es um ihre eigene Zukunft geht, liebe Kolleginnen und Kollegen

Bei der Tarifbindung war es ganz ähnlich.

Zunächst waren es nur einzelne und durchaus kritisierte Unternehmen, die sich der Tarifbindung entzogen haben.

Heute ist die Mehrheit der Beschäftigten nicht mehr tarifgebunden.

Viele brauchen gar die Hilfe staatlicher Lohnsetzung. Keine gute Entwicklung.

12 Euro Mindestlohn, das kann nicht der Standard der Bezahlung in unserem Land sein.

Die Standards in den Arbeitsbedingungen setzen wir besser.

Und das muss auch so bleiben.

Deshalb fordern wir vom Gesetzgeber und von der neuen Bundesregierung, dass Tarifverträge und Gute Arbeit endlich wirksam geschützt und gestärkt werden.

- Mit Tariftreue als Bedingung für öffentliche Aufträge.
Wir denken gar nicht daran, mit unseren Steuern Lohn- und Sozialdumping zu subventionieren.

- Mit einer klaren Konditionierung von Fördergeldern für Unternehmen in der Transformation.

Wer von den Vorteilen der staatlichen Ordnung profitieren will, der muss sich auch zu den sozialstaatlichen Verpflichtungen bekennen – mit der Beteiligung von Gewerkschaften und Betriebsräten vorneweg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Situation ist viel zu ernst, als dass man weitere Zeit mit folgenlosen Gesprächen der Sozialpartner wie in Meseberg verbringen könnte.

Notwendig wäre stattdessen eine Strategiekonferenz der neuen Bundesregierung zur Tarifbindung.

Einer solchen Einladung würde auch die IG BCE gerne folgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Vorschläge und Forderungen werden wir noch in der Antragsberatung behandeln.

Zum Beispiel die tariflichen Mitgliedervorteile. Das ist auch ein attraktives Instrument, das wir stärker nutzen werden.

Wir brauchen darüber hinaus neue Gestaltungsinstrumente für die neuen Herausforderungen der Transformation.

Dazu gehören echte Initiativrechte der Betriebsräte zur Produktkonversion und zur Entwicklung nachhaltiger Unternehmensstrategien.

Das macht die Beschäftigten von Betroffenen zu Beteiligten der Transformation.

Und hilft, den Prozess der betrieblichen Neuorientierung zu beschleunigen.

Wir werden das auf die Tagesordnung unserer Gespräche mit der Arbeitgeberseite und der Politik setzen, Kolleginnen und Kollegen.

Mit den Arbeitgebern werden wir auch die Rolle unserer Vertrauensleute klären.

Sie können und wollen die betrieblichen Transformationsprozesse mitgestalten und unterstützen.

Aber das macht man nicht mal eben nebenbei.

- Unsere Vertrauensleute brauchen die notwendigen Freiräume.
- Unsere Forderung lautet: 25 Stunden im Monat.
- Bezahlt und freigestellt.
- Weil von den Ergebnissen auch die Unternehmen profitieren.

Das wollen wir jetzt durchsetzen, Kolleginnen und Kollegen!
Finanzielle Belastungen reduzieren

Kommen wir nun zu unserem dritten drängenden Handlungsfeld.

Unsere Leute brauchen Entlastung.

Das ist ein wichtiger Teil der großen Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen in unserem Land.

Wenn die Ampel ein Fortschrittsbündnis sein will, dann wird sie diese Fragen aufwerfen und beantworten müssen.

Und dazu gehört die Garantie, dass es nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, die auf den Transformationskosten sitzen bleiben.

Und auch nicht auf den Corona-Kosten. Diese Rechnung ist ja noch offen.

Heute machen sich unsere Mitglieder Sorgen, dass die Transformation sie finanziell überfordern könnte. Und das mit gutem Grund.

Über Mieten, Heizkosten und Benzinpreise habe ich bereits gesprochen.

Unsere Mitglieder können sich darauf verlassen, dass wir das in unserer Tarifpolitik einpreisen werden.

Wir fordern aber auch von der Politik ein sozial verantwortliches Gegensteuern.

Und wir haben Vorschläge, die direkt von einer neuen Regierung aufgegriffen werden können.

- EEG aus der Staatskasse bezahlen und die sonstigen Abgaben und Steuern auf Strom streichen.
- Wenigstens eine befristete Steuersenkung bei Gas und Benzin.
- Schnelle Winterhilfe für einkommensschwache Haushalte, damit niemand im Kalten sitzen muss.
- Höhere Mobilitätspauschale statt unzureichender Kilometerpauschale, gerade für Pendler wichtig.
- Ein Klimageld für alle, mit dem der Staat die Einnahmen aus der CO₂-Steuer zurückgibt.

Ja, die Verteuerung von klimaschädlichen Emissionen ist eine Strategie, um CO₂-Neutralität zu erreichen. Aber unter der Bedingung, dass Grenzen der Gerechtigkeit und Zumutbarkeit eingehalten werden.

Es müssen alle die Geschwindigkeit mitgehen können. Und man darf nur da verteuern, wo die Menschen eine reale Alternative haben, ihr Verhalten anzupassen.

Wo diese Alternative nicht existiert, drohen Ungerechtigkeit und Überforderung.

Der ökologische Wandel darf kein Projekt auf Kosten derjenigen sein, die in ihrem Leben genug zu schultern haben.

Der Wandel muss für alle funktionieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.
Soziale Sicherheit und vorsorgender Staat

Es bedarf keiner großen Vorhersagekraft, um eines festzustellen: Die Verteilungskonflikte um die Finanzierung und die Lasten der Transformation werden schärfer.

Wir werden sehr darauf aufpassen müssen, dass hohe Kosten für die Transformation nicht einhergehen mit Sozialabbau und Investitionszurückhaltung.

Das ist ein weiterer Handlungsschwerpunkt unserer Organisation.

Unsere Mitglieder wissen sehr gut, wie frustrierend es ist, wenn der Staat nicht vernünftig funktioniert.

- Die Sanierung und die Digitalisierung der Schulen.
- Die Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur.
- Die Modernisierung der Verwaltung.

Das lange Leben von der Substanz hat tiefe Spuren in unserem Gemeinwesen hinterlassen.

Der Investitionsstau muss jetzt aufgelöst werden. Olaf Scholz hat als Finanzminister daran bereits gearbeitet.

Für uns steht außer Frage, dass diese Investitionsoffensive fortgesetzt werden muss.

- Gemeinsam im DGB fordern wir 460 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen in den nächsten 10 Jahren.
- Das ist Zukunftsvorsorge, das muss sein.

Wir wollen darüber hinaus einen Investitionsfonds von 120 Milliarden Euro für die Industrie.

Und neue, verantwortliche Formen von Privat-Public-Partnership.

Also der Beteiligung von öffentlichem und privatem Kapital an Investitionsvorhaben.

Dann können wir die 120 Milliarden verdoppeln und verdreifachen.

Und den Innovations- und Wachstumsimpuls vervielfachen.

Deshalb ist das auch eine zentrale Orientierung des Aktionstages.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Mitglieder haben die Erwartung und den Anspruch, dass es sozial und gerecht zugeht.

Vollkommen unabhängig von irgendwelchen Transformationsfragen.

Eine soziale Gesellschaft ist eine altersgerechte Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der niemand Angst vor Altersarmut, kleinen Renten oder einer unwürdigen Pflege im Alter haben muss.

- Darum setzen wir uns für die Sicherung des gesetzlichen Rentenniveaus ein.
- Darum streiten wir für eine moderne betriebliche Altersvorsorge für alle.
- Darum schließen wir innovative Tarifverträge zur Absicherung des Pflegerisikos ab.

Die Ampel hat sich bereits darauf verständigt, einen milliardenschweren Fonds an den Kapitalmärkten aufzubauen. Daraus soll künftig ein Teil der steigenden Ausgaben für die gesetzlichen Renten finanziert werden.

Wenn man das schon macht, dann muss wenigstens die Anlagestrategie konditioniert sein.

Nicht Rendite um jeden Preis darf das Ziel sein. Sondern Investment mit sozialer Verantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zum Beispiel in einen altersgerechten Wohnungsbau mit langfristiger Sozialbindung. Ungeachtet der Details: Das könnte helfen, das höchste Einkommensrisiko im Alter zu minimieren. Das sind nämlich die drastisch steigenden Wohnkosten. Und dagegen muss man etwa tun, Kolleginnen und Kollegen.

Es liegt auf der Hand, dass wir für eine sozialere Gesellschaft eine bessere Finanzierung des Staates brauchen.

Darum bleiben wir bei unseren Forderungen nach mehr Gerechtigkeit in der Steuerpolitik:

- Wir wollen eine steuerliche Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen.
- Die starken Schultern müssen mehr tragen.
- Deshalb fordern wir eine höhere Besteuerung der großen Einkommen, Erbschaften und Vermögen.

Das ist das Konzept für eine nachhaltig gerechte Finanzierung eines leistungsfähigen Sozialstaates. Darauf werden wir auch gegenüber der Bundesregierung drängen.

Ampel hin, Ampel her. Die Verteilungsfragen gehören wieder auf die Tagesordnung.

- **In einem Land, in dem die reichsten 1 Prozent 30 Prozent aller Vermögenswerte besitzen,**
- **während 50 Prozent der Bevölkerung gar kein Vermögen besitzen,**
- **darf die Bundesregierung zu dieser eklatanten Ungerechtigkeit nicht schweigen,**
liebe Kolleginnen und Kollegen.

Würden wir die Vermögen in Deutschland nur so besteuern wie im Durchschnitt der OECD, dann hätten wir Mehreinnahmen in Höhe von 30 Milliarden Euro jährlich.

Und ich rede hier vom OECD-Durchschnitt.

Der ist von einem Linksrutsch meilenweit entfernt.

Deshalb muss auch Schluss damit sein, dass Kapitalerträge niedriger besteuert werden als Löhne und Gehälter. Die 25-Prozent-Pauschale muss weg, stattdessen der individuelle Einkommensteuersatz greifen.

Das könnte auch die FDP mitmachen. Das ist ja keine Steuererhöhung, sondern ein Abbau von Steuersubvention.

Im Übrigen unterstützen wir weiterhin einen europäisch und international einheitlichen Mindestsatz bei der Körperschaftssteuer.

Olaf Scholz hat das als Finanzminister schon weit vorgebracht.

Wir halten 25 Prozent als Untergrenze für angemessen.

Das wäre ein weiterer Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. Das könnte aber vor allem den zerstörerischen Wettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern wirksam begrenzen.

Das ist seit Langem schon rauf und runter diskutiert. Jetzt muss die Ampel liefern. Dann wäre unser Applaus gesichert.

Richtig ist aber auch, Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen Wachstum und eine hohe Beschäftigung. Am besten mit und in guter Arbeit.

Das macht die Staats- und Sozialkassen voll und entlastet von aufstockenden Transferleistungen.

Deshalb muss eine funktionierende Transformationsstrategie eine Wachstums- und Beschäftigungsstrategie sein.

Und damit bin ich bei unserem nächsten Handlungsschwerpunkt:

Die industrielle Transformation - hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft und die Erreichung der Klimaziele.

Klimaneutrale Industrie und Globalisierung

Das wird uns künftig noch mehr beschäftigen als jetzt schon. Weil es dabei um nahezu jedes Mitglied und jeden Arbeitsplatz in unseren Branchen geht.

Deshalb wird uns immer mal wieder unterstellt, wir wären beim Klimaschutz nicht eindeutig aufgestellt. Und das ist schlichtweg falsch.

- Die IG BCE bekennt sich zu den Klimaschutzzielen.
- Wir wollen diese Ziele zu erreichen.
- **Wir wollen aber konkrete Wege finden, die auch zu einem Ziel führen, liebe Kolleginnen und Kollegen**

Für unsere Kolleginnen und Kollegen geht es um zu viel, als dass man das einfach ausblenden könnte.

Und deshalb werden wir auch weiterhin unbequem bleiben. Weil wir es uns selbst nicht leicht machen, sondern nach Lösungen suchen, die in der Realität unserer Mitglieder funktionieren.

Das ist der Maßstab, nicht Wunschdenken.

Die Zeit der Debatten um immer höhere Ziele in der CO₂-Einsparung, die in immer kürzerer Zeit erreicht werden sollen, muss jetzt vorbei sein.

Jetzt muss endlich über realistische Wege der Umsetzung gesprochen werden.

Harte Fakten und tragfähige Entscheidungen statt schneller Schlagzeilen.

Darauf warten unsere Mitglieder und die Beschäftigten.
Das ist die Aufgabe, Kolleginnen und Kollegen

- Klimaneutral bis 2045, so lautet die letzte Vorgabe.
- Vorreiter sein, das hat die Politik für Deutschland entschieden.

Das kann schiefgehen, das kann klappen.

Entscheidend sind nicht symbolische Jahreszahlen, sondern die Umsetzung einer seriösen Wirtschafts-, Energie- und Industriepolitik.

- Wird diese Transformation schlecht umgesetzt, stellt sie ein großes Risiko für den Industriestandort Deutschland dar, für hunderttausende Arbeitsplätze und hohe Wertschöpfung.
- Gut gemacht, kann daraus das größte Modernisierungs- und Standortsicherungsprogramm der deutschen Industrie seit Jahrzehnten werden.

Wir müssen und wollen die Chancen des industriellen Umbaus ergreifen, zügig und beherrscht.

Denn in der kurzen Zeit bis zu Beginn der 30er Jahre wird sich die Zukunft des Industriestandortes Deutschland und Europa entscheiden.

- Ob die Industrie unter den neuen Vorzeichen hierbleibt.
- Ob industrielle Produktion in Deutschland und Europa sogar einen Aufschwung erlebt.
- Oder ob gute Industriearbeit abwandert und dann wahrscheinlich auf lange Zeit verloren ist.

Wir wollen die Erneuerung und den Erfolg. Wir wollen gute, zukunftsträchtige Industriearbeitsplätze und erfolgreichen Klimaschutz. Wir wollen die Chancen nutzen.

Eine erfolgreiche Entwicklung ist aber an viele ambitionierte Voraussetzungen geknüpft:

- Immens hohe Investitionen.
- Gute, durchdachte Regulierung.

- Innovative Industriepolitik.
- Echte, gelebte Sozialpartnerschaft, um nur einige wichtige Faktoren zu nennen.

Unsere ganze Aufmerksamkeit muss sich darauf richten, dass das Neue nicht irgendwo entsteht. Es muss hier entstehen.

In Europa, in Deutschland, bei uns, liebe Kolleginnen und Kollegen

Das unterscheidet uns von Arbeitgebern und Investoren.

Die können im Zweifel überall hingehen, wo die Bedingungen für sie stimmen.

Unsere Mitglieder nicht. Sie sind an Zuhause und Heimat gebunden. Deshalb kämpfen wir dafür, aus der Transformation ein Modernisierungsprogramm für Gute Arbeit in Deutschland und Europa zu machen.

In echt, und nicht nur gefühlt.

Um dahin zu kommen, brauchen wir eine Investitions- und Technologieoffensive in einem bislang unbekanntem Ausmaß.

- Für eine moderne Infrastruktur.
- Für gut ausgebildete Fachkräfte.
- Für Spitzentechnologie, die Maßstäbe für eine nachhaltige Industrie setzt.

Wir brauchen ein neues Verständnis von Wohlstand und Wachstum. Qualitativ und nachhaltig.

Wir brauchen ein neues Verständnis von Markt und Staat. Kooperativ und innovativ. Weniger Ideologie. Mehr Pragmatismus. Klüger eben.

Und wir brauchen eine neue Finanzpolitik. Nicht kleinkariert, sondern mit Optionen für Fortschritt. Eine Finanzpolitik, die Investitionen fördert statt hemmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schuldenbremse des Grundgesetzes passt eigentlich nicht dazu.

Zumindest sollte sie ertüchtigt werden, um deutlich mehr Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen.

Gleiches gilt für Europa. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist ein Relikt der Vergangenheit. Er sorgt weder für Stabilität noch für Wachstum, insbesondere nicht für grünes Wachstum.

Deshalb sollten künftig Ausgaben für Transformation und Klimaneutralität von den Defizitgrenzen ausgenommen werden. Ich bin sehr für finanzpolitische Solidität. Aber bei Null-Zinsen sind finanzpolitische Spielräume da, um in Zukunft zu investieren.

- In Bildung,
- in Qualifizierung,
- in Infrastruktur,
- in Digitalisierung oder

- in Klimaschutz.

Entscheidend bleibt auch die Energiewende. Sie ist der Flaschenhals der industriellen Transformation. Kommt sie nicht voran, kommt die ganze Transformation zum Stillstand.

Und die Gefahr ist da. Der Ausbau der Erneuerbaren und der Leitungen liegt um Jahre hinter dem zurück, was erforderlich wäre. Das wird zunehmend zu einem Standortrisiko für die energieintensive Industrie und unsere Mitglieder.

- Nach wie vor fehlen noch 42.000 Windräder, um allein die chemische Industrie mit CO₂-neutralem Strom zu versorgen.

Insofern ist es richtig, dass die Ampel-Sondierer den Ausbau der Erneuerbaren und die Planungsbeschleunigung ins Zentrum der Energiepolitik stellen wollen.

Aber das muss jetzt auch hingbracht werden.

Die Transformation der Industrie muss aber auch durch die Handels- und Außenwirtschaftspolitik abgesichert werden. Während der Zeit des Umbaus brauchen wir einen effektiven Schutz für unsere guten Industriearbeitsplätze in Europa.

- Nicht um sie vor dem Wettbewerb um Innovation und Ideen zu schützen.
- Aber vor Klimadumping.
Damit in der Umbruchphase die gewollte Vorreiterrolle nicht ungewollt zum Jobkiller für deutsche und europäische Industriearbeitsplätze wird.

Deshalb fordern wir die Garantie wettbewerbsfähiger Strompreise und eine sichere Energieversorgung.

Deshalb fordern wir, dass EU-Beihilferecht so anzupassen, dass künftig auch staatliche Betriebskosten-Zuschüsse möglich sind. Für Unternehmen, die auf dem Weg zur klimaneutralen Produktion eine schwierige Strecke überbrücken müssen.

Und deshalb fordern wir auch, CO₂-Dumping als Wettbewerbsfaktor auszuschalten.

- Wir erwarten, sich unsere Branchen auf einen gemeinsamen Weg verständigen, wie das weltweit zu erreichen ist.
- Wir verstehen das als eine politische Bringschuld und als ein Gebot ökonomischer Vernunft.

Wir unterstützen den Vorschlag, dass sich die großen Industriestaaten gemeinsamen Regeln und Rahmenbedingungen für den Klimaschutz unterwerfen.

Dieser Klimaclub könnte solche Regeln nicht nur nach Innen durchsetzen, sondern sie auch zum Maßstab für den Marktzugang in den globalen Lieferketten machen.

Wir hoffen sehr, dass die neue Bundesregierung diese Initiative voranbringen kann.

Und die Bundesregierung sollte auch die Chance nutzen, mit der Biden-Administration in den USA über einen Handelsvertrag unter neuen Vorzeichen zu sprechen.

Über ein grünes, gutes TTIP für Klimaschutz, eine moderne Industrie und Gute Arbeit.

Ernsthafter, ambitionierter Klimaschutz muss Konsequenzen für die Globalisierung haben.

- Jederzeit Waren und Vorprodukte zu billigsten Konditionen irgendwo zu produzieren,
- Mensch und Natur regellos auszubeuten
- und dann alles aus der hintersten Ecke der Welt rund um den Globus zu schiffen,
- das ist erkennbar nicht mehr funktional und fortschrittsfähig.

Dieses alte Leitbild der Globalisierung, diese Begründung des globalen Kapitalismus ist an Grenzen der Sinnhaftigkeit gestoßen.

- Die Lieferketten sind bereits überdehnt.
- Die politische Lage ist in vielen Regionen zu unsicher.
- Die sozialen, ökologischen und ethischen Bedingungen sind bisweilen himmelschreiend schlecht.

Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie abhängig und anfällig wir geworden sind.

Die reichsten Länder der Welt waren nicht in der Lage, sich mit elementarsten Gesundheitsgütern selbst zu versorgen.

Auch Wirtschaft und Industrie sind zu abhängig, insbesondere von China.

- Bei Grundstoffen für die Pharmaproduktion.
- Bei Computerchips für Automobilindustrie.
- Bei Magnesium für die Aluminiumproduktion.

Heute herrscht in Teilen der Industrie Kurzarbeit. Nicht weil die Nachfrage fehlt, im Gegenteil. Sondern wegen gestörter Lieferketten und fehlender Vorprodukte.

Die Konsequenz daraus kann nur lauten: Sicherheits- und gesundheitsrelevante Produkte müssen in einem höheren Maße wieder in Deutschland und Europa produziert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen .

Die Betrachtung darf sich nicht mehr alleine am Kosten- und Marktkalkül orientieren.

Das bedeutet zum Beispiel für die Medikamenten-Herstellung:

- Produktion in Europa muss in der GKV-Vergütung mit einem Aufschlag versehen sein.

Es wird eine Aufgabe der neuen Bundesregierung sein, ein solches Bewertungs- oder Punktesystem zu entwickeln. Und das dann auch in Europa durchzusetzen.

Die IG BCE wird daran gerne mitwirken und ihren Sachverstand einbringen.

Damit die Wirtschaft insgesamt widerstandsfähiger und stabiler wird, muss die Globalisierung wieder regionaler gedacht und gestaltet werden.

- Regionalere Lieferketten und regionalere Produktionsnetzwerke für den regionalen Markt.
- Direktinvestitionen im Ausland ja, aber insbesondere um dortige Märkte zu bedienen.

Diese Zukunft wird kommen. Sie wird gerade für ein Exportland wie das unsere Veränderung bedeuten.

Umso wichtiger wird es, dass sich die Politik wieder mehr um das Wachstum und die Wohlstandentwicklung in Europa kümmert.

Die Binnennachfrage muss gestärkt werden.

Was das für den Stabilitäts- und Wachstumspakt bedeutet, habe ich bereits angesprochen.

Daraus können neue Chancen entstehen.

Chancen für Standort und Beschäftigung. Und Chancen für eine nachhaltigere Wirtschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es geht nicht um ein Ende der Globalisierung. Es geht um eine konditionierte Globalisierung.

Mit sozialen und ökologischen Leitplanken. Eine Globalisierung mit starkem gewerkschaftlichem Einfluss in den Lieferketten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Mut für neuen Fortschritt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe deutlich gemacht, dass es Wege gibt für eine erfolgreiche, für eine nachhaltige Industrie am Standort Deutschland.

Für gute, mitbestimmte, tarifgebundene Industriearbeit.

- Das ist unser Leitbild.
- Das sollte die Referenz für eine moderne Wirtschaft sein.
- Wir sehen industriellen Fortschritt als Lösungsweg für die großen Menschheitsaufgaben.
- Wir sehen die Industrie als das Powerhouse, das unseren Wohlstand und unseren Sozialstaat ermöglicht.

Aber das wird nicht überall geteilt.

Wie hieß es gestern in der Zeile des IG BCE-Liedes von Brings:

- „Was alle brauchen und keiner will.“

Was jeder hat, heimlich und still.
Dafür stehen wir und halten den Kopf dafür hin.“

Das trifft es ziemlich genau.

Alle wollen die Produkte, die ein modernes Leben ermöglichen. Alle wollen an dem Wohlstand partizipieren, der auch durch die industrielle Wertschöpfung in Deutschland möglich ist.

Aber wenn es um Industriepolitik und die notwendige Infrastruktur, wenn es um zukunftsfähige Standorte geht, dann heißt es häufig: „not in my backyard“, nicht vor meiner Haustür.

Dieses schizophrene Verhältnis tut dem Land auf Dauer nicht gut, liebe Kolleginnen und Kollegen

Wir werden darum weiterhin offensiv für eine starke, innovative Industrie in Deutschland streiten.

- Für eine Industrie, die Werte und Innovationen schafft.
- Für eine Industrie, die sich zum Standort bekennt.
- Und für ein Land, das sich zu seiner Industrie bekennt.

Dieses Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland fordern wir von den Unternehmen ein.

Wir fordern dieses Bekenntnis zur Industrie aber auch von der Politik ein.

Ich finde es richtig, von der Industrie zu erwarten, nachhaltiger und klimaneutral zu werden.

Nachhaltige Industriepolitik muss dann aber man dafür sorgen, dass die Standorte hier eine Zukunft haben, dass sie sich hier verändern können.

- Wir brauchen endlich eine Chemikalienpolitik, die nachhaltige Produktion in Deutschland und Europa ermöglichen will.
- Wir brauchen eine kluge Regulierung, die die Erneuerung von Standorten für eine klimaneutrale Produktion in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland fördert, statt Spielräume immer enger zu machen.
- Wir brauchen ebenso ein klares Bekenntnis zu innovativer Spitzenforschung in Deutschland.
In der Biotechnologie, in der Gentechnologie.

Wir haben ein prominentes Beispiel für das Potenzial, das in diesen Technologien steckt: Biontech, ein Unternehmen aus unserem Organisationsbereich. Ein Unternehmen, das zur Hoffnung für die ganze Welt geworden ist.

Allerdings verweigert Biontech immer noch Tarifbindung. Das können, das werden wir nicht akzeptieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Anerkennung sollten immer mit der Verpflichtung von vernünftigen sozialpartnerschaftlichen Beziehungen einhergehen.

Und es ist auch nicht akzeptabel, wenn Unternehmen wie Biontech und Curevac versuchen sollten, sich mit einer Umwandlung zur SE deutschen Standards in den Arbeitsbeziehungen zu entledigen.

Ich hoffe sehr, dass wir das mit den Unternehmensleitungen jeweils in einem Spitzengespräch klären können.

Die IG BCE ist dazu bereit und wird dazu einladen. Wenn das nichts nutzen sollte, werden wir darauf zu reagieren wissen.

In jedem Fall müssen wir in neuen Branchen wie der Biotechnologie an Stärke zulegen.

Auch da gibt es gewerkschaftliche Gestaltungsfelder. Auch da wollen Beschäftigte Ordnung, Fairness und Verlässlichkeit.

Und die können wir mit modernen Tarifverträgen liefern.

Mut für eine moderne IG BCE

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das, was wir uns vornehmen, machen wir natürlich, um die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitglieder zu verbessern.

Das ist unser unmittelbarer Auftrag.

Aber in der Gestaltung der Transformation geht es um noch mehr.

Wie sollen die großen Fragen der Menschheit, von denen ich zu Beginn gesprochen habe, beantwortet werden, wenn nicht mit moderner Industrie und sozialem Fortschritt?

Wie soll es anders gehen, die wachsende Weltbevölkerung zu versorgen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen?

Und woher sollen die erforderlichen Innovationen kommen, wenn nicht aus einem leistungsstarken Industrieland wie Deutschland?

Wo wollen wir das Modell schaffen, dem andere folgen, wenn nicht in Europa und Deutschland?

Das Modell

- einer friedlichen, sozialen und gerechten Gesellschaft,
- mit guten Arbeits- und Lebensbedingungen,
- in einer intakten Umwelt.

Und ob das gelingt oder nicht, das hängt auch von uns ab.

- Weil unsere IG BCE eine starke Kraft ist, die immens viel bewegen kann. Wir haben das immer wieder unter Beweis gestellt.
- Weil die deutsche Gewerkschaftsbewegung im größten Land der EU nach wie vor ein prägender Faktor ist und mindestens auf ganz Europa ausstrahlt.

Richtig ist allerdings:

- Wenn die Aufgaben größer werden, müssen auch die Gewerkschaften stärker werden.

Wir haben darum seit dem Kongress 2017 unsere Anstrengungen noch einmal intensiviert, unsere IG BCE zukunftsfähig zu machen.

Weil wir schon da gesehen haben, dass die Herausforderungen fundamentaler werden.

- Wir Fünf im gHV,
- der gesamte Hauptvorstand,
- wir sind alle entschlossen,
- dieser großen Aufgabe gerecht zu werden.

In unserer IG BCE bringen sich so viele hervorragende Kolleginnen und Kollegen mit ganzem Herzen und voller Leidenschaft ein:

- für sozialen Fortschritt,
- für eine Arbeitswelt und eine Gesellschaft im Zeichen von Solidarität und Gerechtigkeit,
- für Zukunftsperspektiven für die breite Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Das macht mich immer wieder zuversichtlich, dass wir auch die großen Herausforderungen unserer Zeit bestehen können.

Wir haben die Kraft, die Ressourcen, den Willen.

Jetzt geht es darum, den historischen Moment zu erkennen und uns darüber einig zu sein.

Einig sein darüber, dass wir unsere Organisation noch weiter auf unsere strategischen Ziele ausrichten. Immer mit der klaren Vorgabe, die Mitglieder ins Zentrum unseres Handelns zu rücken.

Denn die wichtigste Quelle für gewerkschaftliche Stärke sind und bleiben die Mitglieder.

Handlungskraft und politische Legitimation stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Mitgliederzahl.

Seit dem Szenarienprozess kennen wir mögliche Entwicklungspfade bis 2030.

Die Botschaft ist eindeutig.

- Die Welt wird komplizierter,
- die Herausforderungen werden vielfältiger,
- die betrieblichen und politischen Rahmenbedingungen unberechenbarer.

Darauf kann es nur eine Antwort geben:

- Organisationsmacht und Mitgliederstärke voranbringen.
- Und die eigene konzeptionelle Kraft und Innovationsfähigkeit ausbauen.

Nur so werden wir unter allen möglichen Bedingungen erfolgreich für unsere Mitglieder Einfluss ausüben können. Nur so werden wir unsere Vorstellungen von Solidarität und Gerechtigkeit durchsetzen können. Nicht nur im Betrieb, sondern auch in der Politik und in der Gesellschaft insgesamt.

Was sind die Aufgaben für die Weiterentwicklung unserer Organisation?

Transformationskompetenz

Für den großen Veränderungsprozess in unseren Branchen brauchen wir Exzellenz und Kompetenz in Fragen der Transformation.

- Klima-Kompetenz
- Technologie-Kompetenz
- Digitalisierungskompetenz
- Globalisierungskompetenz
- und sozialpolitische Kompetenz

Ich finde, es ist der richtige Weg, wenn wir die Umbrüche in unseren Branchen sozialpartnerschaftlich gestalten können.

Wir dürfen es nur nicht als selbstverständlich ansehen.

Deshalb werden wir alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, dieses Know-how weiter auszubauen.

Das gilt für die gesamte Organisation.

- Haupt- wie Ehrenamtliche,
- von den Vertrauensleuten
- über die Betriebs- und Aufsichtsräte,
- den Bildungsleuten
- bis zu den unseren Ortsgruppen.

Wir müssen uns einig darin sein, dass wir uns auf die wesentlichen Dinge konzentrieren müssen, damit dieser Kraftakt gelingt.

Das wird auch eine engere Kooperation der Gewerkschaften und eine intelligentere Zusammenarbeit im DGB notwendig machen als bislang.

Eine moderne IG BCE braucht einen modernen DGB und eine engere Zusammenarbeit mit den anderen Einzelgewerkschaften, insbesondere den anderen Industriegewerkschaften.

Wir werden auch prüfen, wo wir neue Verbündete für unsere Zielsetzungen finden.

Die Umweltbewegung ist groß, aber auch breiter geworden. Mit allen, die wie wir Probleme lösen und echte Fortschritte erzielen wollen, werden wir zusammenarbeiten.

Wo wir in Gesprächen auf Ideologie statt Realismus stoßen wird das unseren Widerstand finden, liebe Kolleginnen und Kollegen

Kommunikationskompetenz und Konfliktfähigkeit steigern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Umbruchphasen sind Zeiten, in denen Konflikte nahezu zwangsläufig sind.

Dafür müssen wir uns organisationspolitisch rüsten.

Dazu dient ja auch die Verankerung eines Konfliktbudgets in unserer Satzung. Dieses Budget sichert unsere Konfliktfähigkeit.

Wir müssen aber auch unsere Kampagnenfähigkeit nochmals deutlich steigern.

Die Leute müssen wissen und verstehen, was wir wollen und warum.

Weil wir nur dann die Chance haben, mit unseren Forderungen und Vorstellungen durchzudringen. Gegenüber den Arbeitgebern, aber auch gegenüber der Politik.

Das geht Hand in Hand damit, unsere digitale Kompetenz ausbauen.

Eben um schneller, flexibler und schlagkräftiger zu werden, in unserer Argumentation und in unserer Kommunikation. Gleichzeitig werden wir neue, zusätzliche Formen finden müssen, wie wir die Beschäftigten direkt und unmittelbar erreichen.

Tarif- und Mitgliederkompetenz

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gewerkschaftsarbeit durch die Augen unserer Mitglieder heißt für uns:

- Von dem Arbeiter auf Schicht bis zur Teamassistentin in der Verwaltung.
- Vom Bergmann bis zur Pharmareferentin.
- Vom angelernten Arbeiter bis zur außertariflichen Angestellten in der Forschungsabteilung.
- Vom Chemie-Studenten bis zur Laborantin.
- Von der Kohle bis zur Solarindustrie und Windrad-Herstellern.
- Von Betrieben mit geordneter Sozialpartnerschaft im Flächentarif bis zum harten Kampf um einen Haustarif.

- Vom globalen Dax-Konzern bis zum kleinen, mittelständischen Kunststoff-Betrieb.

Das alles ist unsere IG BCE. Unsere Gewerkschaft muss allen gerecht werden.

- Wir müssen ihnen gerecht werden durch eine Kultur, die diese Vielfalt abbildet.
In der Kommunikation. In der Ansprache.
- Wir müssen ihnen gerecht werden in der spezifischen Betriebsbetreuung und im fachlichen Know-how.
- Und wir müssen ihnen natürlich in unserem Kerngeschäft gerecht werden: Der Tarifpolitik.
Den einen geht es um mehr Geld, den anderen um mehr Zeit.
Die tarifliche Sozialpolitik wird weiter eine wichtige Rolle spielen.

Ich bin davon überzeugt, dass eine gerechte Transformationsgestaltung auch Thema unseres tariflichen Handelns sein wird, auf Branchen- wie betrieblicher Ebene.

Wir brauchen Einigkeit in der Frage, dass wir Mittel der Organisation da einsetzen, wo die Auseinandersetzungen am stärksten geführt werden.

- Wir müssen neue Betriebe erschließen, wo uns einiger Wind entgegenbläst.
- Da, wo wir schon sind, wollen wir den Organisationsgrad weiter steigern.
- Wir müssen in den Branchen stärker Fuß fassen, wo es keine ausgeprägte gewerkschaftliche Kultur gibt.

Das alles kostet Zeit und Kraft der Organisation. Aber am wichtigsten ist:

Wir brauchen Einigkeit,

- dass wir diesen Kampf um die Zukunft gewerkschaftlicher Interessenvertretung in einer sich veränderten Wirtschaft führen wollen.

Das heißt auch, die Sozialpartner zu fordern.

Wir müssen sie fragen:

- Seid ihr bereit, mit uns gemeinsam die Transformation zu gestalten?
- Seid ihr bereit, mit Tarif und Mitbestimmung für Ordnung und Zukunftsfähigkeit zu sorgen?
- Seid ihr bereit zu einem sozial gerechten Transformationskodex?

Wenn ihr das wollt, habt ihr mit der IG BCE einen professionellen und pragmatischen Partner.

Wollt ihr das nicht, werden wir vorbereitet sein und reagieren. Nicht leichtfertig, aber entschlossen.

Organisationskompetenz

Handlungsfähig sein, eigene Stärke und Unabhängigkeit bewahren und vorbereitet sein.

Das ist unser Leitbild für die Weiterentwicklung unserer IG BCE.

Deshalb werden wir unsere Administration, unsere Prozesse und den Einsatz unserer Mittel weiterentwickeln.

- Durch eine effizientere Organisation gewinnen wir an Kraft.
- Durch geordnete Finanzen sind wir unabhängig und konfliktbereit.
- Durch professionellere Kommunikation, gute Beratung und besseren Service sind wir näher bei unseren Mitgliedern und Funktionären im Betrieb.

Wir wollen aus Unorganisierten Mitglieder der IG BCE machen,

Wir wollen unsere Kraft noch mehr dahin bringen, wo unsere Mitglieder sie brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Danke für Eurer Engagement in dieser Daueraufgabe.

Dahin, wo die Auseinandersetzung darüber stattfinden, ob Tarif und Mitbestimmung unsere Wirtschaft weiter prägen werden.

Um nichts weniger darf es uns gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Mit.Mut.Machen

Die Gleichzeitigkeit der Veränderungsprozesse erhöht die Komplexität und fordert vorhandene, begrenzte Ressourcen heraus.

Die Geschwindigkeit des Wandels erzeugt Druck und stresst die demokratische Gestaltung zusätzlich.

Die Überforderungsgefahr, die das auslöst, erleben wir in vielen Bereichen, in der Politik, im Betrieb, auch bei uns selbst in unserer Arbeit.

Andererseits ist erkennbar, dass es ein neues Bewusstsein dafür gibt, den Lösungsrahmen größer zu ziehen und zu erweitern. Weil der bisherige Rahmen zu eng geworden ist, um gute Lösungen zu erreichen.

- Durch Globale Klimaabkommen.
- Durch die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.
- Durch globale Mindeststeuern für Unternehmen.

Das sind Beispiele dafür, den Kapitalismus wieder wirksamer zu zähmen.

Mit einer neuen Ambition und einem neuen Selbstbewusstsein, dass Veränderung möglich ist.

Und dieses Selbstbewusstsein muss auch uns leiten.

Und wir müssen den Mut haben, unseren Blick zu weiten.

Um zu sehen,

- wo neue Einflussmöglichkeiten bestehen, die wir nutzen können.
- wo neue Chancen liegen, die wir ergreifen müssen.
- wo neue Bündnisse möglich sind, die wir schmieden sollten.

Das ist unsere Funktion und Aufgabe als Gewerkschaft: Interessenvertretung durch die Augen unserer Mitglieder.

Und die wirksamsten Mittel und Wege zu finden, diese Interessen auch gegen Widerstände durchzusetzen.

Ich habe darüber gesprochen, was unsere drängendsten Aufgaben sind.

1. Gute Arbeit in Zeiten des Wandels sichern und schaffen.
2. Eine höhere Tarifbindung als unser wichtigstes Instrument für Gute Arbeit und mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt durchsetzen.
3. Mehr Einkommensgerechtigkeit schaffen – mit guten Tarifen und finanzieller Entlastung für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen.
4. Für soziale Sicherheit in der Transformation sorgen und für öffentliche Investitionen in einen funktionstüchtigen Staat.
5. Die Transformation der Industrie gut und richtig zu gestalten, mit neuen guten Industriearbeitsplätzen an unseren Standorten und in Europa.

Und dafür stellen wir uns auch IG BCE neu auf.

Ja, wir Gewerkschaften sind Interessenvertretungen mit langer Geschichte und mit großer Tradition. Aber wir sind keine Traditionsvereine.

- Wir wollen mit Mut an einer guten Zukunft arbeiten.
- Und dafür wollen wir immer besser werden, uns verändern.
- Wir stehen aus Tradition für Innovation.

Unsere Tradition war nie Rückwärtsgewandtheit.

Tradition ist für uns immer Gewissheit: Wir können aus eigener Stärke heraus, mit der Kraft von solidarischem Handeln Fortschritt erkämpfen.

- Aus Solidarität entsteht Stärke.
- Aus Einheit erwächst Zuversicht.
- Und aus Mut wird Zukunft gemacht.

Das ist der beste Weg für unsere Mitglieder.
Darum ist es der beste Weg für unsere IG BCE.

Ich danke Euch,
liebe Kolleginnen und Kollegen.